

Rede des
Kommandeurs der Offizierschule des Heeres
anlässlich des
Gedenkens an jüdische Gefallene des Ersten
Weltkrieges
am 11. November 2024
auf dem Jüdischen Friedhof
in Dresden

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: Redebeginn

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Einladung und die Möglichkeit, zu Ihnen zu sprechen.

Wir gedenken heute, am Tage des Waffenstillstandes 1918, der im I. Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten. Aber auch der Entrechtung und Verfolgung jüdischer Bürgerinnen und Bürger während des Nationalsozialismus.

Mehr als 100.000 Soldaten jüdischen Glaubens kämpften im I. Weltkrieg, davon waren ungefähr 10.000 Kriegsfreiwillige, rund 12.000 fielen.

Was waren die Beweggründe vor allem der Freiwilligen, für Deutschland in den Krieg zu ziehen? Josef Zürndorfer, der 1915 als Pilot abstürzte, schrieb:

„Ich bin als Deutscher ins Feld gezogen, um mein bedrängtes Vaterland zu schützen. Aber auch als Jude, um die volle Gleichberechtigung meiner Glaubensbrüder zu erstreiten“.

Wie Josef Zündorfer sahen viele junge Deutsche jüdischen Glaubens zu Beginn des I. Weltkriegs eine Chance, durch militärisches Engagement die volle gesellschaftliche Anerkennung zu erstreiten. Denn zahlreiche Regimenter waren nicht bereit, jüdische Offiziere zu akzeptieren, auch wenn Juden rechtlich schon lange gleichgestellt waren und in Wissenschaft und Wirtschaft des Kaiserreiches leitende Funktionen bekleideten.

Der Einsatz jüdischer Soldaten und Offiziere sorgte im Kriege für Respekt und Anerkennung bei vielen ihrer nicht jüdischen Kameraden. Geholfen hat dieser Respekt jedoch später niemandem – die ersehnte Gleichberechtigung blieb aus. Der antisemitische Schleier breitete sich zunehmend über Deutschland aus und war mit all seinen Lügen über das Judentum mit der Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933 allgegenwärtig.

Daran erinnern uns auch in diesem Jahr diese Tage.

Der 9. November, durch die Ausrufung der ersten deutschen Republik im Jahr 1918 und den Fall der Mauer 1989 eigentlich in einer guten republikanischen Tradition stehend,

bleibt für immer durch die schreckliche Reichspogromnacht im Jahr 1938 überschattet. Diese Nacht gehört zu den schwärzesten Kapiteln deutscher Geschichte.

Hier in Dresden wurde selbst die 1840 von Gottfried Semper erbaute „Alte Synagoge“ von den Nationalsozialisten in dumpfen Furor niedergebrannt.

Heute, 86 Jahre nach den Novemberpogromen und 75 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, stellt sich die Lage ambivalent dar.

Einerseits können wir mit großer Freude auf die „Neue Synagoge“ in Dresden blicken, für die am 9. November 1998 der erste Spatenstich erfolgte und die drei Jahre später, wieder am 9. November, fertiggestellt wurde. Und wir schauen auf aktives jüdisches Leben, auch hier in Dresden.

In der Bundeswehr gibt es seit einigen Jahren eine aktive jüdische Militärseelsorge. All das stimmt mich persönlich sehr froh und positiv!

Andererseits, und das muss jeden Staatsbürger besorgen, erleben wir einen wachsenden Antisemitismus. Er bedroht jüdisches Leben in unserem Land, aber auch in anderen, sicher geglaubten Orten der Welt. Dieser Antisemitismus zeigt sich in einer ungehemmten Hetze im Internet, im Rahmen von Demonstrationen, Handgreiflichkeiten und Bedrohungen gegenüber unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, und manchmal sogar im Kulturleben.

Was bedeutet dies für uns? Welches Handeln leitet sich für uns daraus ab? Ich bin fest davon überzeugt, dass der Artikel 1, Absatz 1 unseres Grundgesetzes uns darauf die richtige Antwort gibt:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Oder wie es unser Bundespräsident, Frank Walter Steinmeier, im Jahr 2018 formuliert hat:

„Antisemitismus darf keinen Raum erhalten in dieser Gesellschaft, die den Schutz der Menschenwürde an die erste Stelle setzt. Dies gilt für alle, die in diesem Land mit uns leben und leben wollen. Dafür stehen wir im Wort. Es ist das Wort unserer Verfassung. Und wir werden es nicht preisgeben. Niemals.“

Der Nationalsozialismus, so hat der SPD Abgeordnete Kurt Schumacher es in einer geradezu prophetischen Reichstagsrede im Februar 1932 gesagt: ... „ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen“.

Gegen die, die heute an diesen Schweinehund appellieren haben wir uns jetzt hier versammelt, mahnen und erinnern wir gemeinsam. Lassen Sie uns, wo immer wir gefordert sind, unserem Grundgesetz Geltung verschaffen und für das Gute, die Wahrheit, die Gerechtigkeit eintreten, auch da, wo es unbequem oder gefährlich ist!